



lautstark!

Inhalt

Die extreme Rechte

- 5000 Neonazis in Unterwasser –
Behörden überrumpelt? 2
- «Rocktoberfest» für die Unterstützung
der Thüringer Schlägernazis 6

Blick zurück nach vorn

- Vom Mauerfall zum Mauerbau 8

Nach und trotz dem «Aufstand der Anständigen»

- Durchsetzungsinitiative abgelehnt –
Ausschaffungsinitiative umgesetzt! 12

Büchertipps

- Was tun wenns brennt? 16

Editorial

Liebe Leser_innen

Das Medienecho nach dem Neonazi-Konzertabend Mitte Oktober in Unterwasser (SG) war gross und hat bei Behörden, in der Politik und Bevölkerung einiges ausgelöst. Überraschend mag vielleicht die Gröszenordnung des Anlasses sein, leider aber nicht die Wahl der Schweiz als bevorzugte Konzertdestination international vernetzter Neonazi-Strukturen – immer noch viel zu leicht lassen sich Hallenvermieter_innen, Bewilligungsbehörden und die Polizei überrumpeln.

Egal ob 50 oder 5000 Rechtsextreme feiern, egal ob das Geld nach Deutschland oder zu lokalen Neonazi-Gruppierungen fliesst, rechtsextreme Treffen müssen verhindert und die dazugehörenden Strukturen aufgedeckt werden. Antifaschistische Arbeit ist wichtiger denn je – ob bei der Recherche im Hintergrund oder lautstark auf der Strasse. Rechtsradikales Gedankengut – ob offen ausgelebt oder in der Mitte unserer Gesellschaft stillschweigend akzeptiert – darf nicht hingenommen werden.

Thematisch verlässt dieses Heft nach zwei Recherchebeiträgen das braune Fahrwasser der Ostschweiz. Ein Gastbeitrag skizziert Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung im kapitalistischen Europa nach dem Mauerfall. Weiter erwarten euch ein vorläufiges Fazit zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative sowie wieder ein paar Büchertipps.

Recherchieren, Zusammenhänge aufdecken und informieren: Dass über 5000 Neonazis aus dem In- und Ausland ins Toggenburg pilgeren, wurde dank antifaschistischer Recherchearbeit aufgedeckt. Auf der letzten Seite darum ein paar Gedanken zu unserem Arbeitsverständnis.

Gute Lektüre!
Euer Redaktionsteam

In der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 2016 fand in Unterwasser (Gemeinde Wildhaus/Alt St. Johann, SG) ein Neonazi-Event in für die Schweiz bisher unbekannter Grösse statt: Über 5000 Neonazis aus dem In- und Ausland versammelten sich in der Tennis- und Eventhalle Unterwasser, um zu hasserfüllten Rechtsrockklängen «ungestört abzuhitlern».

Die extreme Rechte

5000 Neonazis in Unterwasser – Behörden überrumpelt?

Bereits Monate im Voraus riefen Veranstalter_innen aus dem Umfeld des internationalen Neonazinetzwerks «Blood & Honour» (B&H) über die sozialen Medien zum Konzertabend auf – offensichtlich mit Erfolg: Am 15. Oktober 2016 reisten über 5000 Neonazis aus ganz Europa in die beschauliche Toggenburger Ortschaft Unterwasser ans «Rocktoberfest» mit den einschlägig bekannten Szenebands Exzess (DE), MaKss Damage (DE), Amok (CH), Confident of Victory (DE), Frontalkraft (DE) sowie Stahlgewitter (DE); (Bandinfos siehe Kasten).

Auf dem Flyer war der Anlass für den Raum Süddeutschland angekündigt; in der Woche vor dem Anlass verdichteten sich jedoch die Hinweise, dass er in der Schweiz stattfinden würde. Die gewählte Region ist für die Rechtsextremen kein «Neuland». Bereits 2013 hatte die Zürcher B&H-Sektion im nahegelegenen Ebnat-Kappel (SG) ein Konzert in Gedenken an den B&H-Gründer Ian Stuart Donaldson mit mehreren hundert Teilnehmenden organisiert.

Das ewig gleiche Lied

Das Vorgehen rechtsradikaler Konzertorganisateur_innen ist eigentlich immer dasselbe: Anmieten eines Veranstaltungsortes, meist unter dem Vorwand eines Privatanschlusses – etwa ein Geburtstagsfest oder ein Spieleabend –, Geheimhaltung der Location sowie kurzfristig die Bekanntgabe von Schleusepunkten und Infonummern. So war es auch beim «Rocktoberfest» vom 15. Oktober 2016. Der in Rüti (ZH) wohnhafte, deutsche Neonazi Matthias (Matze) Melchner hatte die Tennis- und Eventhalle in Unterwasser angeblich für ein Konzertevent Schweizer Nachwuchsbands angemietet. Erwartet würden lediglich einige hundert Gäste aus dem Umfeld der Bands. Auch der harmlose Titel der Veranstaltung liess zunächst nichts Schlimmes vermuten. Auf dem Konzertticket war als erster Schleusepunkt der Raum Ulm angegeben, dort mussten die Konzertbesucher_innen eine Infonummer anrufen, um den nächsten An-

fahrtspunkt zu erhalten. Auf diese Weise wurden die Reisenden nach Unterwasser gelotst.

Untypisch war die mehrtägige Event-Vorbereitung. Veranstaltungsorte werden wegen der Befürchtung, der Mietvertrag könnte durch frühzeitiges Aufdecken oder Einschreiten der Behörden aufgehoben werden, möglichst bis zum letzten Moment geheim gehalten. Aus dem gleichen Grund werden oft mehrere Lokale parallel angemietet und Technik sowie Barbereich erst am Veranstaltungstag selber aufgebaut. So könnte bei Bedarf rasch auf Backuplösungen zurückgegriffen werden. Zwar waren auch für das «Rocktoberfest» mehrere Hallen reserviert worden, die Organisateur_innen brüsteten sich aber bereits einige Tage im Voraus im Internet, mit dem Aufbau der Infrastruktur begonnen zu haben. Daraus lässt sich schliessen, dass sich die Veranstalter_innen ihrer Sache insofern «sicher» waren, als dass sie nicht befürchteten, die Halle noch kurzfristig zu verlieren.

Konzertparadies Schweiz

Der Betreiber der Tennishalle, der verantwortliche Gemeindepräsident sowie die zuständige Kantonspolizei beteuerten nach dem Anlass, vom Event überrumpelt worden zu sein. Während es für den Betreiber und die Gemeinde stimmen mag, dass sie zu spät merkten, wen sie sich da ins Haus geholt hatten, gilt dies sicher nicht für die Polizei.

Verschiedene Medien berichteten, der Nachrichtendienst des Bundes habe die Kantonspolizei St. Gallen über den bevorstehende Event informiert. Damit hatten die Behörden im Vorfeld sicher Kenntnis vom Anlass, trotzdem konnte er ohne Weiteres über die Bühne gehen. Im Nachhinein vermied es die Polizei gar hartnäckig, öffentlich von einem Neonazi-Konzert zu sprechen. Zuerst gab die Polizei am Sonntag an, die Eventhalle nicht betreten zu haben. Am Dienstag wurde gegenüber den Medien kommuniziert, Polizeibeamte hätten für einen kurzen Augenschein die Halle

Facebook-Werbung für die Busfahrt aus Thüringen



besucht, die Liedtexte jedoch nicht verstanden. So oder so seien keine Straftaten – namentlich Verstösse gegen die Rassismus-Strafnorm (Art. 261^{bis} StGB) – festgestellt worden. Demgegenüber bestätigte der Gemeindepräsident, der sich ein persönliches Bild machen wollte, von Anfang an, es sei ohne Schwierigkeiten festzustellen gewesen, dass es sich bei den Besucher_innen um Zugehörige der rechtsradikalen Szene gehandelt hatte. Auch die Musikketzen, die er trotz Lautstärke und Geräusche verstanden habe, seien zweifelsfrei zuzuordnen gewesen.

Da solche Anlässe auch wegen fehlender Rechtsgrundlagen selten geahndet werden, gilt die Schweiz in der Szene als Konzertparadies. Entsprechend wenig erstaunlich ist die Aussage der – als Organisatorin fungierenden – «Reichsmusikkammer» gegenüber 10vor10, wonach die Schweiz als Durchführungsort ausgewählt wurde, weil hier «die Meinungsfreiheit gelte und geschützt werde». Gemeint dürfte hiermit die Praxis der Schweizer Sicherheitsbehörden sein, rechtsradikale Konzerte als Privatveranstaltungen abzutun – wie auch jetzt wieder beim «Rocktoberfest». Relevant ist dies, weil die schweizerische Rassismus-Strafnorm lediglich Diskriminierung unter Strafe stellt, die in der Öffentlichkeit stattfindet. Somit ist zum Beispiel das Zeigen des Hitler-Grusses nicht verboten, solange es im «privaten Rahmen» stattfindet. Bei einem Konzert dieser Grössenordnung von einem privaten Anlass zu sprechen, entbehrt jedoch nicht nur jeglicher Vernunft und Logik, sondern widerspricht der Rechtsprechung des Bundesgerichts (BGE 130 IV 111, Entscheid aus dem Jahr 2003).

Weiter ist das Tragen von Hakenkreuzemblemen in der Schweiz grundsätzlich nicht strafbar und die Indizierung einzelner Lieder oder Alben im Ausland stellt für das Bundesamt für Polizei keine genügende Grundlage dar, um eine Einreisesperre zu verfügen. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang aber trotzdem, dass eine so grosse Anzahl Rechtsradikaler – teils in ganzen Reise-

cars unterwegs – mehr oder weniger ungehindert in die Schweiz einreisen konnte. Zwar hatten einige Reisende Probleme bei der Grenzkontrolle und ein Bus musste die Rückreise antreten, nichts desto Trotz haben es aber mehr als 5000 Personen bis nach Unterwasser geschafft.

#calmdown?

Während die meisten Medienhäuser – wahrscheinlich schockiert über die Grösse des Konzerts – aufmerksam die Twitternachrichten der Antifa Bern verfolgten und prominent über den Neonazi-Anlass berichteten, wollte der «selbsternannte Extremismusexperte» Adrian Oertli, einen Konterpunkt setzen. Er twitterte Folgendes: «5000 Menschen. Ein Konzert. Keine Zwischenfälle. Wegen dem ist die Welt nicht schlechter. #calmdown». Mit dieser Aussage bestätigt Oertli die Berechtigung des Prädikats «selbsternannt» – und verkennt vollständig die Bedeutung solcher Veranstaltungen. Gerade Konzertanlässe dienen der extremen Rechten zur Vernetzung, zur Bindung von Nachwuchs und zur Finanzierung ihrer Strukturen. Dabei darf auch der Eventfaktor nicht unterschätzt werden: Konzerte stärken das Zugehörigkeitsgefühl, bieten Gelegenheit, Beziehungen zu Gleichgesinnten aus ganz Europa zu knüpfen, dienen dem informellen Austausch und bieten, dank der Ungewissheit über das Ziel der Reise, zusätzlich einen gewissen Nervenkitzel.

Beim «Rocktoberfest» handelte es sich um einen der grössten Neonazi-Anlässe, der bisher in der Schweiz stattgefunden hat. Auch für die Besucher_innen aus dem Ausland war es ein Event der Superlative; sie waren eigens dafür aus ganz Europa angereist.

Gleichzeitig darf die finanzielle Bedeutung der Veranstaltung nicht unterschätzt werden. Mit den Eintritttickets, Einnahmen der Bar, dem Verkauf von Merchandiseartikeln und dem Absatz – teilweise indizierter – Tonträger dürfte sehr viel Geld generiert worden sein. In Unterwasser haben die Konzertgänger_innen pro Ticket 30 Euro,

pro Bier 3.50 Euro und pro «Wurst mit Semmel» 5 Euro bezahlt. Auch nach Abzug von verschiedenen Ausgaben (Technik, Bandgagen, Saalmiete, Security, etc.) darf ohne weiteres von über 100'000 Franken Gewinn ausgegangen werden. Geld, das wiederum in die Neonazistrukturen fliessen wird. Damit werden zum Beispiel weitere Tonträger oder Untergrundmagazine, aber auch die Beschaffung von Waffen oder – wie in diesem Fall – Prozesskosten finanziert.

Auch wenn Events wie in Unterwasser in der Regel «ohne Zwischenfälle» verlaufen – wie gera-

de die Polizei gerne betont –, geht es dabei um weit mehr als um einen Konzertabend unter Gleichgesinnten. Darum auch sind Aussagen von Anwohner_innen, die Rechtsextremen seien alle höflich gewesen und hätten sogar ihren Müll gewissenhaft entsorgt, sowie Beschwichtigungsversuche à la Oertli nicht nur zynisch, sondern ein Ausdruck brandgefährlicher Akzeptanz gegenüber rechtsradikalem Gedankenguts.

Redaktionsteam

i

Bandinfos

Die folgenden Bands haben in Unterwasser gespielt:

Exzess (D):

Die Band wurde 2006 gegründet. 2008 traten sie erstmals neben Szenegrößen wie Lunikoff Verschwörung und Gigi & die braunen Stadtmusikanten auf dem Sampler «Gefahr in Verzug» in Erscheinung. Sie bezeichnen sich selber als «Idealisten für ihre Heimat, für ihre Nation», spielen für «freie Kräfte» sowie für die NPD. Über die Webadresse <http://www.exzess-records.de> betreibt die Band einen Onlineversand für CDs einschlägiger Bands sowie Kleider und Aufkleber.

MaKss Damage (D):

Der heutige NS-Rapper MaKss Damage, mit bürgerlichem Namen Julian Fritsch, war (nach eigenen Angaben) sechs Jahre in der linken Szene aktiv. Seit seinem offiziellen «Ausstieg» aus der Linken ist MaKss Damage

eng vernetzt mit der Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen und auch für die Szene aktiv, in dem er beispielsweise Mobilisierungsvideos veröffentlicht. Anfang 2011 hatte er im Interview mit den Kölner Neonazis Axel Reitz und Kevin Koch für das Internet-Portal «medinet-west» seine politische Wandlung bekannt gemacht. Ebenfalls 2011 beteiligte er sich mit zwei Liedern an der «Berliner Schulhof-CD» der NPD und produzierte mit dem Bielefelder Nazi-Rapper King Bock den gemeinsamen Track «Die Faust geht zum Kopf». Es findet sich dort folgende Textstelle: «Setzte mich für mein Blut und unsere Tugend ein. Das Zeckenpack wollte mich brechen, sie haben es sicher gut gemeint, ich steckte sie alle gemeinsam in den nächsten Zug nach Buchenwald [Sound von Gewehrschüssen]. Wasch mich mit der Seife ab, geniess den Lampenschirm».

Amok (CH):

Amok hatte im September 2005 ihren ersten erwähnenswerten Auftritt: Sie spielten – neben anderen Bands aus dem In- und Ausland – in Brig an einem von einer Schweizer «Blood & Honour»-Sektion organisierten Anlass. Die vier Gründungsmitglieder von Amok waren und sind auch abseits der Bühne eng mit der gewaltbereiten Naziskin-Szene vernetzt. Gerüchten zufolge soll es unterdessen nach internen Querelen zu Neubesetzungen gekommen sein, lediglich der Sänger Kevin Gutmann sei von den Gründungsmitgliedern noch bei der Band.

Confident of Victory, C.O.V. (D):

C.o.V. wurde Mitte/Ende der 1990er in Deutschland gegründet. Lange Zeit waren C.o.V. nur ein Seitenprojekt der Senftenberger Rechtsrock-Band Sturm und Drang. Mittlerweile sind sie aus deren Schatten herausgetreten.

Die Band ist mit dem internationalen Neonaziskinhead-Netzwerk der



Blick in die Konzerthalle:
Rocktoberfest, Unterwasser, 15.10.2016

Hammerskins verbunden und trat beispielsweise 2005 beim «Hammerfest» in den USA auf. Am 23. Februar 2013 hatte C.O.V. bereits zusammen mit Amok in der Schweiz gespielt.

Frontalkraft (D):

Die neonazistische Band Frontalkraft wurde 1992 in Spremberg (Brandenburg) gegründet. Die Band verherrlicht mehr oder weniger offen den Nationalsozialismus und propagiert ein angeblich nordisch-germanisches Heidentum. In den 1990er-Jahren waren Frontalkraft im Blood & Honour-Umfeld tätig und einzelne Mitglieder in der Kameradschaft Sturm Cottbus aktiv, welche dem Lausitzer Aktionsbündnis angehörte. Neben Blood & Honour-Konzerten trat die Band auch für die NPD auf – Frontalkraft hat seit 1992 mehr als 100 Konzerte u.a. in Italien, Frankreich, der Schweiz oder der Tschechischen Republik gespielt. Zudem war Frontalkraft auf der «Schweizer Schulhof-CD» (2007) vertreten.

Stahlgewitter (D):

Stahlgewitter ist eine 1995 gegründete deutsche Band, die als eine der bekanntesten Vertreterinnen des Rechtsrocks gilt, sich selber dem «nationalen Widerstand» zuordnet und vom Verfassungsschutz als rechts-extremistisch eingestuft wird. Die Band tritt bei Veranstaltungen von Blood & Honour auf. Sie gehört zu den populärsten Gruppen der Szene und deckt in ihren Texten alle klassischen Motive des Rechtsrocks ab. Wegen ihrer Liedtexte landeten die Alben der Band fast ausnahmslos auf dem Index, obwohl die Texte nach Angaben der Band mit mehreren Anwälten abgesprochen wurden, um diese der aktuellen Rechtsprechung anzupassen...

infos

oben: Shirtmotiv am Rocktoberfest
unten: Flyer des Rocktoberfests



Das «Rocktoberfest» vom 15./16. Oktober 2016 im Toggenburg lockte über 5000 Neonazis in die Schweiz. Es hat auf erschreckende Weise gezeigt, dass die Rechtsradikalen über gut vernetzte Strukturen verfügen, untereinander bestens koordiniert sind und grenzüberschreitend funktionieren. Ein Blick hinter die Kulissen der Organisation des «Rocktoberfestes».

Die extreme Rechte

«Rocktoberfest» für die Unterstützung der Thüringer Schlägernazis

Im Vergleich selbst zu den grössten bekannten Rechtsrockkonzerten der letzten Jahre, hatte die Dimension des Events in Unterwasser auch Szenekenner_innen überrascht. Strukturen, Verbindungen und Kontakte, um einen so grossen Event durchführen zu können, entstehen nicht über Nacht. Das «Rocktoberfest» darf daher nicht isoliert betrachtet, sondern muss in einen grösseren Kontext gestellt werden. Die folgenden Ausführungen beziehen sich besonders auf die Verbindungen zwischen der rechten Szene in Thüringen und der Schweiz, welche für das Gelingen des Festes massgebend waren.

Erste Hinweise in Richtung Thüringen

Der Flyer, welcher seit Monaten in sozialen Medien kursierte, enthielt als Hinweis auf die Organisator_innen des «Rocktoberfestes» einzig das Logo des «Zeughaus»-Versandes. Das ist ein rechter Onlineversand aus Deutschland, der vorwiegend Nachpressungen von vergriffenen Rechtsrock-CDs in Vinyl anbietet und unter weiteren auch die CDs der am 15. Oktober 2016 engagierten Bands vertreibt.

Um an ein Ticket zu kommen, mussten Interessierte eine Mail an die Adresse «live.im.reich@mail.de» schicken. Als Antwort wurden ihnen Angaben eines deutschen Kontos zugeschickt, auf welches das Geld für die Eintrittskarten überwiesen werden musste. Unterzeichnet war diese Mail von einer Gruppe, die sich «Reichsmusikkammer» nennt. Gegenüber der Nachrichtensendung 10vor10 gab die Gruppe an, ein Komitee von Bands aus ganz Europa zu sein, deren Auftritte in europäischen Ländern untersagt oder erschwert würden. Gemäss den Recherchen des Blogs «thüringenrechtsausen» lautet das oben genannte Konto auf den Thüringer Neonazi David Heinlein und wurde bereits für das Festival «Rock gegen Überfremdung» im August 2016 in Kirchheim (Thüringen) genutzt. Ebenfalls aus Thüringen stammt Mario Kelch, der zu jenen gehörte, die in

den Tagen vor dem Fest die Nummer des Infotelefon verbreiteten, welches die Besucher_innen zum Konzertort lotsen sollte. Kelch ist Mitglied bei der B&H-nahen Band Sonderkommando Dirlewanger (SKD) und aktiver Unterstützer der Angeklagten im sogenannten «Ballstädt-Prozess».

Der «Ballstädt-Prozess»

Gegenstand des «Ballstädt-Prozesses» bildet der organisierte Überfall auf eine geschlossene Kirmesgesellschaft in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 2014. Rund 20 Vermummte waren damals in Ballstädt (Thüringen) in den Gemeindesaal eingedrungen und verletzten zehn Personen teils schwer. Seit Dezember 2015 läuft deswegen gegen 15 Neonazis, 14 Männer und eine Frau, der Prozess am Landgericht Erfurt.

Bereits kurz nach der Inhaftierung der ersten Tatverdächtigen wurde ein Spendenkonto eröffnet. Es sollte Geld für die anfallenden Verteidigungskosten sowie für das «Gelbe Haus» in Ballstädt gesammelt werden. Das «Gelbe Haus» ist eine ehemalige Bäckerei, die seit 2013 von Neonazis als Wohn- und Veranstaltungsort genutzt wird.

Prominenter Bewohner des Hauses und Hauptangeklagter im «Ballstädt-Prozess» ist Thomas Wagner. Er ist 41-jährig, spielte in verschiedenen rechtsextremen Bands, war unter anderem Sänger von SKD und betreibt den Onlineversand «Frontschwein Records». Auch Steffen Richter verkehrt im «Gelben Haus». Er gilt als enger Vertrauter von und als Koordinator der Unterstützungsaktionen für Ralf Wohlleben, Angeklagter im NSU-Prozess. Zudem wurde das bereits erwähnte Festival «Rock gegen Überfremdung» in Kirchheim von Steffen Richter angemeldet; im Zusammenhang mit dem «Rocktoberfest» fungiert er als Betreuungsperson für die Mailadresse der «Reichsmusikkammer».

Einzelne Verbindungen ergeben letztlich ein Ganzes

Das Fest in Unterwasser gehört zu einer Serie von Unterstützungsanlässen, welche von den Angeklagten und ihrem Umfeld organisiert wurden – auch mit Beteiligung aus der Schweiz. Amok, die wohl bekannteste Schweizer Rechtsrockband, trat am «Rocktoberfest» als einzige nicht-deutsche Band auf. Deren Mitbegründer und Sänger, Kevin Gutmann, wohnt wie der Thüringer Neonazi Matthias (Matze) Melchner, in Rüti (ZH). Letzterer hatte die Tennis- und Eventhalle in Unterwasser angemietet. Melchner arbeitet bei «Barbarossa Tattoo» (siehe «Blood & Honour geht unter die Haut», LS Ausgabe #23), unterhält gute Kontakte in die deutsche Neonaziszene und hatte sich schon vor dem «Rocktoberfest» mit der Produktion von T-Shirts, welche über das Tattoostudio verkauft wurden, an der Ballstädter Unterstützer_innenstruktur beteiligt.

Die enge Verbindung, die Melchner nach wie vor zur Thüringer Szene pflegt, zeigte sich schon im Herbst 2015. Damals hatte «Barbarossa Tattoo» eine Art «Betriebsausflug» nach Thüringen unternommen: Wer sich von den Besuchern aus der Schweiz tätowieren lassen wollte, musste mit dem oben genannten Steffen Richter einen Termin vereinbaren. Weiter ist Melchner als Domaininhaber des von Thomas Wagner betriebenen Onlineversandes «Frontschwein Records» eingetragen. Vor einigen Jahren hatte sich Steffen Richter noch selber an diesem Versandportal beteiligt.

Internationale Zusammenarbeit

Die Verbindungen zwischen der Schweizer und der Thüringer extremen Rechten beschränken sich nicht auf individuelle Kontakte mit Melchner und auf das «Rocktoberfest». Gerade B&H Schweiz nimmt in der internationalen Vernetzung einen aktiven Part ein: So forderten sie nach internen Querelen im Herbst 2012 gemeinsame Treffen und verstärkte Aktivitäten der Gruppierung in ganz Europa sowie eine engere Vernetzung mit ihrem militant-terroristischen «Flügel» Combat 18 (C18). Das erste dieser Vernetzungstreffen fand 2013 in der Schweiz statt; später fanden in ganz Europa Aktivitäten unter dem gemeinsamen Label B&H/C18 statt.

Ebenfalls 2013 erschien die CD der Band «Erschiessungskommando», ein Gemeinschaftsprojekt von Mitgliedern von Amok und SKD, die beide als B&H-Bands gelten. Das neueste Album mit dem Titel «Blut und Ehre» wurde am 16. Oktober 2016 – nur einen Tag nach dem Event in Unterwasser – veröffentlicht und beinhaltet Lie-

der wie «Hail C18» oder «Ist uns doch egal, ob der N[...] verreckt».

In den letzten Jahren waren Thüringer Neonazis mehrere Male im Zürcher Oberland zu Besuch. Einige von ihnen zogen gar für gewisse Zeit in die Schweiz. Unter ihnen Marcus Russwurm, Model für die Neonazi-Kleidermarke Ansgar Aryan und ebenfalls Mitangeklagter im «Ballstadt-Prozess». Er wohnte während längerer Zeit gemeinsam mit Alexander Gorges und Erika Pavano in einer Neonazi-WG in Wallisellen (ZH). Pavano betrachtet sich selber als «Szenemutti», ist Mitglied der Oidoxie Streetfighting Crew und vermittelt oft Rechtsrockbands in ganz Europa. Der dritte Mitbewohner, Alexander Gorges, hat unter anderem bei der dem C18-Umfeld zuzurechnenden Band Oidoxie wie auch bei Amok gespielt und war 2015 in einen Waffendeal mit dem Kasseler Neonazi Michel Friedrich verwickelt.

Das «Rocktoberfest» – ein profitables Ergebnis

Zusammengefasst offenbarte sich im Toggenburg das Ergebnis einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit. Unter Berücksichtigung der vergleichsweise kleinen Grösse der bisher in der Schweiz organisierten Konzerte, ist nicht anzunehmen, dass die Schweizer B&H-Strukturen eine Veranstaltung wie das «Rocktoberfest» ohne tatkräftige Unterstützung aus dem Ausland hätten durchführen können. Dies zeigt auch die Tatsache, dass nicht nur Besucher_innen und Bands, sondern auch Helfer_innen aus dem Ausland angereist waren.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Prozesskosten – und wahrscheinlich der Unterhaltskosten für das «Gelbe Haus» – war das «Rocktoberfest» mit Abstand der grösste Unterstützungsanlass. Ausgehend von den bekannten Eintritts- und Getränkepreisen lässt sich ein Gewinn von über 100'000 Franken errechnen. Nicht zuletzt im wahrscheinlich enormen finanziellen Profit liegt die zentrale Bedeutung solcher Anlässe für rechtsextreme Kreise. Zur Erinnerung: Auch die Mitglieder des im 2011 aufgeflogenen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wurden u.a. mit Einnahmen solcher Konzerte unterstützt.

Bald steht ein weiterer Grossanlass der Neonazis an: Am 19. November 2016 wollen B&H und Hammerskins in Milano gemeinsam feiern. Die Einladung betont, dass die – historisch verfeindeten – internationalen Netzwerke zusammenspannen, entsprechend ist mit einem grossen Andrang zu rechnen.

Redaktionsteam

1989 bis 2016: Eine Textcollage über Widerständigkeit und die Koordinaten der Kämpfe gegen globalisierten Kapitalismus, Krieg und die Festung Europa.

Blick zurück nach vorn

Vom Mauerfall zum Mauerbau

Am 9. November 1989 fiel die Mauer in Ostberlin. Monatelang hatten sich hunderttausende Menschen gegen die starren Autoritäten in der DDR erhoben, Zehntausende ihre Ausreise über Ungarn erzwungen und letztlich das Grenzregime des Warschauer Pakts zum Einsturz gebracht. Dieser Prozess liess die poststalinistischen Staaten endgültig implodieren. Westdeutschland empfing die DDR-Bürger_innen mit «Begrüssungsgeld» in der begehrten D-Mark-Währung. Der Kapitalismus feierte sich als das historisch überlegene, für die Zukunft einzig gültige System und die herrschende Politik verkündete das «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama: «The End of History and the Last Man», 1992). Diese Metapher sollte das angebliche Ende der Systemkonkurrenz und den Sieg des Kapitalismus ideologisch manifestieren. Doch das Gegenteil ist eingetreten: Seit dem Fall der Berliner Mauer sind weltweit so viele Mauern und Grenzzäune errichtet worden wie nie zuvor. Und statt dem versprochenen Zeitalter in Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle Menschen bedeutete der Mauerfall die Wiederkehr der Klassenkämpfe und der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Demokratie, soziale Rechte und Menschenwürde im globalen Massstab.

Diese Kämpfe richten sich vermehrt gegen Kriege und die Neukonstruktion imperialer, neokolonialer, rassistischer und patriarchaler Konzepte zur Unterdrückung globaler Emanzipationsbewegungen. Im Sommer 2015 trugen hunderttausende Menschen, die die Festung Europa nach über 20 Jahren gemeinsam durchbrochen haben, solche globalen gesellschaftlichen Widersprüche in die Zentren der europäischen Metropolen.

Neuaufteilung Europas startet

1992 fand der erste G7-Gipfel im wiedervereinigten Deutschland statt. Im Aufruf des bundesweiten linksradikalen Anti-WWG-Treffens gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München wurde folgende Entwicklung prognostiziert: «Deutschland hat mit der Einverleibung der DDR das Startsignal zur Neuaufteilung Europas gegeben. Das Ziel ist die Verwandlung Osteuropas [...] in den Hinterhof Westeuropas unter deutscher Vorherrschaft, ähnlich wie es der US-Imperialismus mit Lateinamerika vorexerziert hat. Zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der Sicherung des Zugangs zu strategisch wichtigen Rohstoffen [...]

soll auch die Bundeswehr zu einer weltweit operierenden Einsatztruppe umgebaut werden». Der Text titelte mit dem Slogan der Mobilisierung «Blick nach vorn im Zorn – 500 Jahre Kolonialismus sind 500 Jahre zu viel! Gegen die HERRschen Weltordnung!» und stellte fest: «Die gewaltigen wirtschaftlichen Lasten dieses Programms sollen die Arbeiter_innen tragen: Dies bedeutet massive Einmischung in die Lohnkämpfe, Steuer- und Gebührenerhöhungen [...], Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Verstärkung des Wohnungsmangels, Mietenexplosion und Auszehrung der kommunalen Haushalte. In der ehemaligen DDR ist eine Billiglohnregion entstanden. Wie überall wird diese Politik auf dem Rücken der Frauen abgewickelt. [...] Das Land wird pornographisiert, [...] soziale Einrichtungen und die Abtreibungsgesetzgebung auf das reaktionäre Westmass zurechtgestutzt.»

Keine Zeit für emanzipative gesellschaftliche Konzepte

Der Anschluss der DDR wurde bereits am 3. Oktober 1990 vollzogen. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl versprach den Menschen im Osten «blühende Landschaften». In diesem historisch kurzen Zeitfenster konnten sich alternative und emanzipative gesellschaftliche Konzepte, die von minoritären Strömungen ausserhalb der etablierten Parteien gefordert wurden, nicht wirkmächtig entfalten. Gemeinsam demonstrierte die radikale Linke in Ost und West unter dem Motto «Nie wieder Deutschland» gegen die Gefahren grossdeutscher Machtpolitik. Doch mit dem «Zwei-plus-Vier»-Vertrag wurde der Anschluss der DDR an die BRD und damit das Ende der Nachkriegszeit besiegelt, ohne dass die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des NS-Staates Reparationszahlungen und Entschädigungen für die NS-Kriegsverbrechen hätte leisten müssen, wie es ursprünglich nach 1945 für einen endgültigen «Friedensvertrag» von den Alliierten vorgesehen worden war.

So konnte das Konzept der Integration der DDR-Wirtschaft in den gemeinsamen D-Mark-Währungsraum beispielhaft für die spätere EU-Integration schwächerer Ökonomien in die Euro-Zone werden. Aufgrund seiner führenden Produktivität in der industriellen Produktion konnte Deutschland dieses Modell auch bei der Integration der süd- und osteuropäischen Länder zu sei-



Bilder aus der Serie «history is a work in process»
 von Petra Gerschner:
 < Dresden 1990
 > Dresden 1991

nem Vorteil gestalten und so zum grössten und mächtigsten Land der EU aufsteigen. Die aktuelle politisch-ökonomische Machtposition Deutschlands in der heutigen EU und die Austeritätspolitik gegenüber Griechenland wären nicht möglich gewesen, hätten die Gesellschaften in Europa eine Reparationsdebatte über die deutschen Kriegsverbrechen durchgesetzt, die Zahlungen vertraglich geregelt und dadurch eine andere Politik der EU-Integration ermöglicht.

Abschaffung des Asylrechts

Bereits vor 1989 startete in der BRD eine von Politik und Medien forcierte Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts. Die rechten Parteien hetzten «Das Boot ist voll» und der Spiegel titelte «Ansturm vom Balkan: Wer nimmt die Flüchtlinge?». Begleitet wurde die Anti-Asyl-Kampagne in Deutschland von einer mörderischen Anschlagserie der Nazis gegen Flüchtlingsunterkünfte und Migrant_innen bis zu den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Ein Jahr zuvor schrieben die Autor_innen des Aufrufs gegen den WWG in München: «... auf der Straße und in den Institutionen wittern alte und neue Rassisten und Faschisten Morgenluft. [...] Durch die Änderung des Grundgesetzes [...] macht sich die Bundesregierung zum Vorreiter der Abschottung der «Festung Europa» gegen die vom Westen in die Flucht getriebenen Menschen. [...] Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt allen Flüchtlingen gegen alle Grenzen und gegen jede Auswahl nach wirtschaftlicher Brauchbarkeit und «multikultureller Bereicherung» [...] – Grenzen auf!»

Am 26. Mai 1993 beschloss eine Mehrheit aus Regierung und Opposition im Bundestag: Wer aus

einem sicheren Drittstaat einreist, hat keinen Asylanspruch. Zu den «sicheren» Drittstaaten gehörten seitdem alle Nachbarn Deutschlands. Damit war das Grundrecht auf Asyl, eine der wichtigsten Konsequenzen, die in der BRD aus dem NS-Faschismus gezogen wurde, faktisch abgeschafft.

Unter der ersten rot-grünen Bundesregierung beteiligte sich Deutschland 1999 am Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien & Montenegro). Das politische Vermächtnis der KZ-Überlebenden «Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg» – bis dahin ein gesellschaftlicher Grundkonsens für die deutsche Aussenpolitik – wurde nach einer medialen Desinformationskampagne durch eine zynische Interpretation des grünen Aussenminister Joschka Fischer ausser Kraft gesetzt.

Bewegung der Bewegungen ab 1999

Ab 1999 breitete sich mit den Protesten gegen die Welthandelskonferenz WTO in Seattle die «Bewegung der Bewegungen» weltweit aus. Mit den militanten Massenprotesten gegen den G-8-Gipfel in Genua im Juli 2001 wurde der Kapitalismus erstmals seit 1989 wieder bis hinein in die bürgerlichen Feuilletons zur Disposition gestellt. In einem Interview auf die Frage nach den Gründen für die globale Protestbewegung antwortete ein Aktivist der Münchner Abendzeitung am 19. Juli 2001: «Was zählt, sind nur die Profite. [...] die offizielle G-8-Gipfel-Globalisierungs-Rethorik ist eine Lüge im Interesse von Konzernen und Banken. Es geht dabei nur um die Freiheit von Waren und Kapital, aber nicht um die (Reise-) Freiheit für alle Menschen. Ein Beispiel: Seit 1990 sind über 2000 Flüchtlinge, die vor Armut, Unterdrückung,

Folter und Kriegen fliehen mussten, an den Außenmauern der ‚Festung Europa‘ gestorben.» Nur zwei Monate nach den Protesten in Genua fanden die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Arlington statt. Der unmittelbar danach ausgerufene «lang andauernde Krieg gegen den Terror» sollte als Reaktion auf 9/11 den Herrschaftsanspruch der Nato-Staaten sicherstellen. Gegen die drohende Nord-Süd-Konfrontation und einen permanenten Kriegszustand mobilisierte ein internationales Bündnis gegen die so genannte «Münchener Sicherheitskonferenz» Anfang Februar 2002 unter dem Motto «Von Genua nach München – stoppt die Kriegspolitik der Nato»: «Die weltweite kapitalistische Ausbeutung und ihre militärische Absicherung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, eines Systems, das sich ausschliesslich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Abschottung der Aussengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und Migrant_innen; und in Deutschland rassistische Ausländer_innengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.»

In den folgenden Jahren verbanden sich die internationalen Proteste gegen die Münchener Kriegskonferenz und das World Economic Forum in Davos. Auf einem internationalen Treffen von Aktivist_innen der Anti-WTO-Koordination, des linken Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz und der bundesweiten Organisation «Krieg ist Frieden (KiF)» wurde 2003 der gemeinsame Aufruf «Antikapitalismus globalisieren – gegen die Nato-Kriegspolitik» verfasst: «Eine sichere Existenz ist nur für immer weniger Menschen nach verschärften rassistischen und sexistischen Ausschlusskriterien erreichbar [...]. Dies schafft Entsolidarisierung und Vereinzelung und verschärft die Konkurrenz zwischen den Menschen und führt oft zur rassistischen Verteidigung von Privilegien – lokal und global. [...] Der herrschende Sicherheits-Diskurs sortiert Menschen auseinander und definiert nach Verwertbarkeitskriterien, wer

dazugehört und wer nicht. Besonders deutlich wird dies an der Flüchtlings- und Migrationspolitik der europäischen Staaten. Flüchtlinge und Migrant_innen werden für rassistische Wahlkämpfe instrumentalisiert und abwechselnd zu Kriminellen, zu Illegalen, zu Dealern oder zu potentiellen «Terroristen» stilisiert. [...] Militär und Migrationskontrolle sind längst nicht mehr zu trennen.»

Im Flugblatt zu einer Anti-Folter-Performance auf der Demonstration gegen die Münchener Sicherheitskonferenz 2006 heisst es: «Der Ausnahmezustand erweist sich, wie der italienische Philosoph Giorgio Agamben schreibt, in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens». [...] Es gibt in der neuen Weltordnung keinen Friedenszustand mehr, der ohne Krieg auskommt: Krieg ist Frieden! Krieg heisst Folter.»

Grenzen, Zäune und Meere überwinden

2007 kamen zu den Protesten gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm Menschen aus vielen Regionen der Welt; von den Aufständen des arabischen Frühlings 2011 bis zu Occupy Wallstreet, Blockupy Frankfurt oder der Besetzung des Gezi-parks in Istanbul 2013 hat die Suche nach einer gerechten und solidarischen Welt die Herzen von Millionen Menschen verbunden und die selbstorganisierten Plätze wurden zu Laboratorien für eine andere Gesellschaftlichkeit. Zur Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank in Frankfurt am 18. März 2015 wurde in dem Aufruf «Die europäische Commune» eine Blockade angekündigt: «Mit ihrem Mantra von der Alternativlosigkeit» hat die «Grosse Koalition» in Deutschland als Sachwalter in der kapitalistischen Oligarchien de facto die Führung der EU-Institutionen übernommen. Sie übt ihre Hegemonie in einem Klima aus, in dem die reaktionärsten nationalistischen Kräfte gedeihen und hoffähig werden. Ihr Grenzregime ist ein gewalttätiges und mörderisches Instrument.»



Bilder aus der Serie «history is a work in process»
von Petra Gerschner:
< Gedenkstätte «Andrea Wolf/Ronahi»,
Nordkurdistan, 2014
> Flughafen München 1994

Im Sommer 2015 haben hunderttausende Menschen trotzdem Grenzen, Zäune und Meere überwunden und die Festung Europa für einige Wochen de facto zu Fall gebracht. Die Interventionistische Linke (il) machte bereits im Herbst danach in einem Flugblatt auf die Auswirkungen des geplanten EU-Erdogan-Deal aufmerksam: «Im langen Sommer der Migration haben Menschen auf beeindruckende Weise ihr Recht auf Überleben und auf eine bessere Zukunft gegen Zäune und Militär durchgesetzt. Nun will sich Europa wieder abschotten – und schliesst dafür einen perfiden Pakt mit dem türkischen Präsidenten Erdogan. [...] Der EU-Erdogan-Deal ist ein Angriff auf die Flüchtenden und ein Angriff auf die kurdische Bewegung [...]. Zur strategischen Partnerschaft Deutschlands mit dem Nato-Partner Türkei gehört das Schweigen über den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, die Kriegsverbrechen, die Repression gegen die Opposition, die Menschenrechtsverletzungen sowie die Angriffe auf Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit.»

Eingefädelt wurde der Deal vom deutschen Aussenminister Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch bei Erdogan in Ankara am 18. September 2015. Am selben Tag hat die türkische Luftwaffe begonnen, Friedhöfe und Gedenkstätten von getöteten und ermordeten PKK-Kämpfer_innen zu bombardieren. Heute, ein Jahr später will die deutsche Bundesregierung den Türkei-Deal und damit die Exterritorialisierung der Geflüchteten auch in Libyen und der gesamten nordafrikanischen Küste durchsetzen.

Petra Gerschner und Michael Backmund*

*2012 hatte ihr Dokumentarfilm «es kann legitim sein, was nicht legal ist. martin löwenberg – ein leben gegen faschismus, unterdrückung und krieg» Premiere auf dem Internationalen Dokumentarfilmfestival in München. Die Künstlerin und der Journalist sind Gründungsmitglieder des Initiativkreises für ein NS-Dokumentationszentrum in München.

1

Weiterlesen:

Wir halten dich auf dem Laufenden und bieten viele Hintergrundinfos:

- Lautstark abonnieren: info@antifa.ch
- <http://info.antifa.ch>
- <http://ch.indymedia.org/de/antifa>

lesen

Nach dem «Nein» zur Durchsetzungsinitiative (DSI) am 28. Februar 2016 trat am 1. Oktober 2016 die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative (ASI) in Kraft. Für Personen ohne Schweizer Pass bedeutet nicht nur die DSI, sondern auch die Umsetzung der ASI eine massive Verschlechterung ihrer Rechtsposition.

Nach und trotz dem «Aufstand der Anständigen»

Durchsetzungsinitiative abgelehnt – Ausschaffungsinitiative umgesetzt!

Am 1. Oktober 2016 trat das Umsetzungsgesetz der 2010 angenommenen «Ausschaffungsinitiative» (ASI) in Kraft. Die von der SVP lancierte Volksinitiative sah vor, dass Ausländer_innen ihren ausländerrechtlichen Status automatisch verlieren, wenn sie wegen bestimmter Straftaten (siehe Art. 121 Abs. 3 BV) verurteilt werden. Weil es ihr zu wenig rasch vorwärts ging, doppelte die SVP 2012 noch während den parlamentarischen Beratungen zur Umsetzung der ASI mit einer «Durchsetzungsinitiative» (DSI) nach. Unter dem Eindruck dieser Drohkulisse arbeitete das Parlament eine Gesetzesvorlage aus, die in den Worten des FDP-Präsidenten Philipp Müller «pfefferscharf» ist. Für einmal hat er sogar Recht, denn die ausgearbeitete Vorlage orientiert sich stark am ASI-Initiativtext der SVP und sieht nach diversen Straftaten den Verlust des Aufenthaltsstatus vor – einzig der Ausschaffungsautomatismus wurde mit der Einführung einer so genannten Härtefallklausel relativiert. Bei einem «Ja» zur DSI wäre das Umsetzungsgesetz hinfällig geworden, nach dem «Nein» zur DSI am 28. Februar 2016 trat es nun in Kraft.

Aufstand der Anständigen?

In den vergangenen Jahren erzielte die SVP Abstimmungserfolg um Abstimmungserfolg. Vor der Volksabstimmung über die «Durchsetzungsinitiative» zeigte sich plötzlich eine breite Koalition von geradezu entsetzten Bürger_innen sehr aktiv.

Die Kampagne gegen die DSI wurde auch von bürgerlichen Parteien wie FDP, BDP, EVP sowie der SP getragen und in den Medien als «Aufstand der Anständigen» bezeichnet. Nachdem alle, die das Gesicht wahren wollten, aber in der Regel nicht den Mut haben, den Mund aufzumachen, noch einmal «Durchsetzungsinitiative Nein!» auf Facebook gepostet hatten, wurde die Initiative in der Volksabstimmung dann tatsächlich abgelehnt. Der Weg war somit frei für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Gleichzeitig feierte die breite Koalition gegen die DSI das «Nein» als grossen Sieg für den Rechtsstaat und die anständige Schweiz.

Die Wahl zwischen Pest und Cholera

Für Ausländer_innen bedeutet aber auch die Umsetzung der ASI eine massive Verschlechterung ihrer Rechtsposition. In den Artikeln 66a ff. des Strafgesetzbuches gibt es eine sehr lange Aufzählung von Straftaten bei deren Erfüllung Betroffene – mehrheitlich obligatorisch und teilweise nicht obligatorisch – aus der Schweiz weggewiesen werden sollen. Dieser Automatismus soll nur dann nicht zum Zuge kommen, wenn ein so genannter «Härtefall» vorliegt. Was genau darunter zu verstehen ist, wird sich erst durch die Praxis der Gerichte in den kommenden Monaten und Jahren zeigen. Je nach Entwicklung beziehungsweise nach Ausgang der Auseinandersetzungen im Gerichtssaal, besteht immerhin die Möglich-

1

Weiterlesen:

Wie wird sich die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative auf ausländische politische Militante auswirken? Erste Überlegungen und Vermutungen sind nachzulesen in der Antirep-Broschüre «Ausgeschafft wegen Demo, Pyros, Besetzung – Was tun?». Die Broschüre liegt hoffentlich im Infoladen eures Vertrauens auf.

lesen

keit, dass das Ziel möglichst viele Ausländer_innen auszuschaffen, doch nicht erreicht wird. In der Version der DSI gab es keine Ausnahme von der automatischen Landesverweisung für «Härfälle». Dafür wäre der Automatismus bei weniger Straftatbeständen zur Anwendung gekommen. Bei einigen Straftatbeständen, für welche die umgesetzte Version der ASI nun die automatische Landesverweisung anordnet, war diese in der DSI nur im Wiederholungsfalle vorgesehen. Das bedeutet, dass Ersttäter_innen unter der Durchsetzungsinitiative in vielen Fällen besser gestellt gewesen wären als unter der Ausschaffungsinitiative.

Ob eine der Varianten für ausländische Personen «besser» gewesen wäre, lässt sich trotzdem nicht offensichtlich herleiten, die Forderungen beider Initiativen greifen ausländische Personen massiv an. Auch wenn die Durchsetzungsinitiative noch etwas weiter gegangen wäre und noch etwas «weniger rechtsstaatlich» gewesen ist, als die Ausschaffungsinitiative, wurde mit dem «Nein» zur Durchsetzungsinitiative Ende Februar der sogenannte Rechtsstaat nicht vor dem Rassismus gerettet. Das «Nein» zur Durchsetzungsinitiative war kein Sieg des Antirassismus, sondern bloss ein Sieg der übrigen bürgerlichen Parteien gegen die SVP – an der Verschärfung sind sie schliesslich alle beteiligt.

Kommando Freispruch

**Renitenz
macht
Schön**

“Ich habe es satt,
als Zweitklassbürgerin
behandelt zu werden.”

Rosa Parks



**ZWEIERLEI RECHT?
2 x NEIN!** zu Ausschaffungsinitiative &
Gegenvorschlag am 28.11.10

S

Spenden

Wenn du die Antifa Bern finanziell unterstützen möchtest, so schicke das Geld gut verpackt an folgende Adresse:

Antifa Bern | Postfach 2888 | 3001 Bern
oder zahle auf unser Postkonto ein:

- Kontonummer: 84-472259-7
- IBAN CH3309000000844722597

Vielen Dank!

spenden



Büchertipps

Aus aktuellem Anlass: Metal, Rechtsrock und extreme Rechte

Nach dem Neonazikonzert in Unterwasser häuften sich Fragen wie: Was genau ist Rechtsrock? Welche Bands zählen zu diesem Genre? Wovon handeln die Liedtexte?

Christian Dornbusch und Jan Raabe geben in ihrem Buch «RechtsRock - Bestandsaufnahme und Gegenstrategien» einen Überblick. Auch wenn das Buch schon etwas länger her erschienen ist, es ist immer noch ein sehr gutes Nachschlagewerk und ein Informationsspeicher über die Rechtsrock-Szene.

Wer sich indes detaillierter über die extreme Rechte in der Black Metal-Szene informieren möchte, liest das Buch des Autorenduos Christian Dornbusch und Klaus-Peter Killguss. Sie skizzieren die Szene und ihre teils schwierige Abgrenzung zum Neonazismus.

Dornbusch, Christian; Raabe, Jan: RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien
Unrast, 2002
ISBN: 9783897718081

Dornbusch, Christian; Killguss, Klaus-Peter: Unheilige Allianzen – Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus
Unrast, 2007
ISBN: 9783897718173

Kriminelle Energien in der Belletristik

Eine Neonazidemo 2015 in Düsseldorf und mitten in der Gegendemo befindet sich Hauptkommissar Vincent Veih. Als er an diesem Nachmittag von seinen Kolleg_innen als Anstifter zur Gewalt verhaftet wird, ahnt er noch nicht, was in den nächsten Tagen auf ihn zukommen wird. Auch den Mord an der Wirtin Melli Franck können die Ermittler_innen lange nicht wirklich einordnen. Zwar wird schnell klar, dass Frau Franck drogenabhängig war, was aber hat das alles mit der deutschen Neonaziszene zu tun? Und welche Rolle spielen die Ereignisse um den NSU in diesen Fall?

Horst Eckert verknüpft in seinem dritten Fall um den Hauptkommissar Veih gekonnt Realität und Fiktion und ordnet aktuelles Geschehen literarisch ein. So sind die Protagonist_innen des NSU-Komplexes trotz geänderter Namen problemlos zu erkennen. Und obwohl nicht der ganze Plot der Realität entspricht, lässt sich doch erahnen, auf welchen perfiden Machtstrukturen ein solcher Zusammenschluss aufbaut.

Erschauern lässt einen auch die Lektüre des Anhangs: Eine Liste der Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit dem 3.10.1990.

Eckert, Horst: Wolfsspinn
Wunderlich, 2016
ISBN: 9783805250993



Glorifizierung des Schreckens

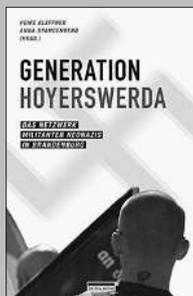
Bei den Stichworten «Hoyerswerda» oder «Rostock-Lichtenhagen» haben viele auch ein Vierteljahrhundert später noch die gleichen Bilder vor Augen: brennende Flüchtlingsheime, ein randalierender Mob, eine Beifall klatschende Menschenmenge.

2016 sind solche Bilder zurück. Gerade die Gebiete der ehemaligen DDR sind von rechter Gewalt geprägt. Gewalt gegen Asylsuchende und die Jagd auf Menschen anderer Kulturen manifestiert sich im Alltag mehr und mehr.

Wie kam es dazu, dass gerade in dieser Gegend Rassismus und Neonazismus kaum auf Gegenwehr stossen? Welchen Nährboden gibt es für die menschenverachtenden Ideologien und wieso werden diese von den Behörden regelrecht ignoriert, wenn nicht gar toleriert oder unterstützt.

Wenn das Buch erstmal ein unübersichtlicher Rundumschlag zu sein scheint, so zeigt es bei der vertieften Auseinandersetzung deutlich auf, wie es zu den Pogromen anfangs der 1990er kommen konnte, wie sich die Protagonist_innen von damals weiterentwickelt haben und wie es möglich ist, dass sich die Übergriffe heute beinahe unbeachtet wiederholen. Neonazis, welche sich «im Krieg um ihre Rasse» wähnen und die um den Untergang «ihrer Kultur» fürchten, wie auch die Entstehung militanter Szenen werden hier eindrücklich dargestellt.

*Klefner, Heike; Spangenberg Anna (HRSG.):
Generation Hoyerswerda – Das Netzwerk
militanter Neonazis in Brandenburg
be.bra Verlag, 2016
ISBN: 9783898091275*



Zulauf durch Erlebnispolitik

Die Bewegung der «Identitären» ist in der Schweiz glücklicherweise noch nicht so bekannt. Nahm diese neuere rechte Strömung in Frankreich ihren Ursprung, so ist sie heute vor allem in Österreich stark vertreten. Die Mitglieder dieser Organisation mögen noch so harmlos erscheinen, ein Blick hinter die Kulissen lohnt sich dennoch: nette Flugblattaktionen, Transparente an neuralgischen Orten, Wandmalereien und Stammtische; mit vermeintlich harmlosen Aktionen werden junge Leute rekrutiert und nach und nach in die Ideologie-Spirale hineingezogen.

Aufgebaut ist die Organisation streng hierarchisch. Es gibt rund fünf Ebenen, basierend auf der Erfahrung der Mitglieder. Je länger man dabei ist, desto mehr darf man wissen und an Aktionen teilnehmen. In Österreich werden die Mitglieder von deutschen Neonazis in ihrer Rolle bestärkt; in der Romandie sind die identitären Strukturen ebenfalls auf dem Vormarsch. Umso wichtiger, sich bereits jetzt über die «Identitären» zu informieren.

*Bruns, Julian; Gösel, Kathrin:
Die Identitären – Handbuch zur Jugendbewegung
der neuen Rechten in Europa
Unrast, 2016
ISBN: 9783897715493*



lesen

Ist die «Antifa» eine Horde gewaltbereiter Wildgewordener, die ziellos durch die Strassen irren und Neonazis suchen – um sie dann «an die Wand zu klatschen»? Eine Stellungnahme der Antifa Bern.

Was tun wenns brennt?

Über so genannt klassische Antifa-Arbeit

Im Nachgang zur Konzertnacht in Unterwasser wurde die «Antifa Bern» mit Medienanfragen fast überschwemmt. Galten wir in den ersten Tagen noch als gut informierte und zuverlässige Quelle, häuften sich bald Fragen nach unserer «eigenen Gewaltbereitschaft». Auch gängige Extremismus-Theorien kamen bei der Berichterstattung nicht zu kurz. Ausserdem meldeten sich in der Sendung «Polyphon» des Berner Radio RaBe verschiedene Antifa-Gruppen zu Wort. Da war unter anderem zu hören, dass es an der Zeit sei, sich nicht nur «klassischer Antifa-Arbeit» zu widmen, sondern sich auch anderen Bereichen des linken Widerstandes anzunehmen. Unter «klassischer Antifa-Arbeit» verstanden offenbar alle das selbe: Nazis klatschen auf der Strasse.

Auch im Bereich der Antifa-Arbeit gibt es tatsächlich verschiedene Herangehensweisen und Arbeitsansätze. Wir selber verorten uns und unsere Arbeit im so genannten Recherche-Bereich, massen uns jedoch nicht an zu bestimmen, was genau «klassische Antifa-Arbeit» sei.

Wir wollen recherchieren und informieren: Unser Anliegen ist es, über die Neonazi-Szene in der Schweiz Erkenntnisse zu gewinnen und diese zu veröffentlichen.

Wir wollen beobachten und handeln: Wenn wir über Neonazi-Strukturen Bescheid wissen, können wir die Probleme (und Neonazis) beim Namen nennen und auf sie aufmerksam machen.

Wir sehen Handlungsbedarf. Menschenverachtende Strukturen und Ideologien werden bis weit in die Mitte der Gesellschaft nicht bloss geduldet, sondern begrüsst und gutgeheissen. Dabei ist die «extreme Rechte» nicht einfach eine Gruppe von Personen, mit der wir unsere politische Einstellung nicht teilen. Es ist eine extrem gewaltbereite Szene mit einer kruden rassistischen und brutalen Ideologie, die manchmal auch vor Mord nicht zurückschreckt oder zumindest den Tod anderer billigend in Kauf nimmt. Der bewaffnete Kampf ist nicht nur Teil der Propaganda, regelmässig werden Wehrsportübungen durchgeführt und auch der unbewaffnete Nahkampf wird trainiert.

Über den Konzertabend in Unterwasser hat die Antifa Bern zuerst informiert. Wir dürfen annehmen, dass ohne antifaschistische Recherche gar nicht ans Licht gekommen wäre, welche braune Party da eigentlich stattgefunden hat. Genau so verstehen wir unsere Aufgabe und Arbeit: Recherchieren, Zusammenhänge aufdecken und informieren.

Antifaschistische Arbeit geht alle an und kann nicht nur von wenigen Gruppen und Personen getragen werden. Sie funktioniert nur, wenn alle die Augen offen halten und sich dafür einsetzen, dass Rechtsextremist_innen nicht (ungeachtet) aufmarschieren können.

Antifa Bern

i

Impressum:

Wir halten dich auf dem Laufenden und bieten viele Hintergrundinfos:

- <http://info.antifa.ch>
- Lautstark abonnieren: info@antifa.ch
- Die Inhalte dürfen nur unverändert und unter Quellenangabe weiterverwendet werden:



infos

a

Was kannst du tun?

Antifaschistische Arbeit passiert nicht von selber; alle können und sollen dazu beitragen:

- Stellst du in deiner Umgebung rechte Aufkleber fest?
- Arbeitest du im Betrieb mit einem Neonazi?
- Hast du ein «merkwürdiges» Treffen beobachtet?
- Wurdest du Opfer eines rechtsextremen Übergriffs?

Teilt uns eure Beobachtungen mit. Gerne helfen wir euch, Strategien gegen Rechts zu entwickeln oder euch zu organisieren: info@antifa.ch

aufruf